

Deutschland.

Berlin, 11. Novbr. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat dem Superintendenten a. D. Hammer zu Berlin, bisher zu Brüssel im Kreise Grenzland, den Rother Adler-Orden vierter Klasse; dem Oberst-Lieutenant a. D. Freiherrn von Wrangel, bisher Commandeur des Magdeburgischen Fußartillerie-Regiments Nr. 10, den königlichen Kronen-Orden dritter Klasse; sowie dem pensionirten Gerichtsdiener Tischler zu Cölleda, im Kreise Glatzberg, und dem Bergmann Daniel Herzog zu Schlegel, im Kreise Meurode, das Allgemeine Ehrenzeichen verliehen.

Se. Majestät der König hat dem Administrateur Général der National-Bibliothek in Paris, Leopold Victor Delisle den königlichen Kronen-Orden zweiter Klasse verliehen.

Der Kaiserliche Consul in Santos, J. W. Schmidt, ist am 8. v. Mts. gestorben.

Se. Majestät der König hat dem Ober-Landesgerichts-Präsidenten Dr. jur. Heimsoth in Köln den Charakter als Wirklicher Geheimer Ober-Justiz-Rath mit dem Range eines Rathes erster Klasse verliehen; ferner den Garnison-Auditeur, Justiz-Rath Hasel zum Geheimen Kriegs-Rath und vortragenden Rath bei dem Kriegsministerium, den Regierungs-Assessor Benno Heymann zu Stade zum Regierungsrath, und die Mitglieder der Provinzial-Steuer-Directionen, Regierungs-Assessoren v. Skopnik und v. Schmidt zu Magdeburg, Dahn zu Danzig, Saal und Löhring zu Hannover, Rixe und Kühlwetter zu Köln zu Regierungsräthen, die Gerichts-Assessoren Dicker, Grzywacz, Apolant, Tartara, Lampe und Korn zu Amtsrichtern ernannt, sowie den bisherigen Bürgermeister der Stadt Soest, Otto Köster, in Folge der von der dortigen Stadtverordneten-Verammlung getroffenen Wiederwahl in gleicher Eigenschaft auf Lebenszeit, und in Folge der von der Stadtverordneten-Verammlung zu Koblenz getroffenen Wahl den Rechtsanwalt, Justiz-Rath Nikolaus Bremig daselbst als unbesoldeten Beigeordneten der Stadt Koblenz für die gesetzliche Amtsdauer von 6 Jahren befristet.

Der Rechtsanwalt Bölling zu Schwiebus ist zum Notar im Bezirk des Kammergerichts, mit Anweisung seines Wohnsitzes in Schwiebus, und des Gerichts-Assessor Burghard in Aachen zum Notar für den Amtsgerichtsbezirk Singen, im Landgerichtsbezirk Koblenz, mit Anweisung seines Wohnsitzes in Singen, ernannt worden.

Dem Kanzlei-Diätarius im Ministerium der geistlichen, Unterrichts- und Medicinal-Angelegenheiten, Paul Günzel, ist der Charakter als Geheimer Kanzlei-Secretär verliehen worden.

— Berlin, 11. November. [Großherzog von Baden.]

Der Capitelsvicar von Breslau. — Bisthum Fulda. — Reichstag. — Consularwesen. Privatnachrichten aus Karlsruhe über das Befinden des Großherzogs von Baden lauten leider weniger günstig als die officiellen Berichte. In der großherzoglichen Hauptstadt herrscht danach große Niedergeschlagenheit und man giebt ernstlichen Besorgnissen Raum. Bei der großen Popularität des Großherzogs auch in hiesigen weiten Kreisen folgt man den Berichten über den Verlauf der Krankheit mit besonderer Theilnahme. — Dem in Breslau gewählten Capitelsvicar gleich ist, wie man hört, von Seiten des Staats der Bischofsseid erlassen worden, es hat also genau dasselbe Verfahren wie bei dem jetzigen Bischof Dr. Korum in Trier stattgefunden. Die Ernennung des Dr. Kopp für Fulda gilt als nahe bevorstehend, und damit wären denn, abgesehen von den Bisthümern Köln und Posen, in allen preussischen Diöcesen geordnete kirchliche Verhältnisse hergestellt. Allem Anschein nach ist die Wiederbesetzung der genannten beiden Bisthümer von weiteren Verhandlungen mit der Curie abhängig, welche, wie wir hören, im Laufe des Januar wieder aufgenommen werden sollen. — Wie man allgemein hofft, wird sich die leider nur zu häufig vorgekommene Beschlussunfähigkeit des Reichstages in dieser Session wohl schwerlich wiederholen. Der Einwand, dass das Material für den Reichstag nicht genügend vorbereitet sei, kommt diesmal zunächst in Fortfall, und die Liberalen werden es jedenfalls als eine Grenzpflicht erachten, den Vorwurf säumigen Erscheinens bei Beginn der Reichstagsarbeiten von sich fern zu halten. — In dem Etat des auswärtigen Amtes sind bekanntlich bei den Consulaten mehrfache Erweiterungen beantragt worden. So hat das Dienstverkommen des Viceconsuls in Chicago erhöht werden müssen, da dort die zum Lebensunterhalt notwendigen Gegenstände in den letzten zwei Jahren um 25 bis 30 Procent, die Mieten der Privatwohnungen um 20 bis 25 Procent im Preise gestiegen sind, so dass auch die Großhändler in demselben Verhältnis die Honorare ihrer Angestellten erhöhen mussten. Auch hat die Zunahme der Geschäfte die Anstellung eines zweiten Secretärs erforderlich gemacht. — Auch in Jerusalem sind seit dem letzten russisch-türkischen Kriege die Preise so gestiegen, dass eine Erhöhung des Dienstverkommens des dortigen Consuls unvermeidlich war. — In Manila ist ein besoldetes Consulat errichtet worden, da die Wiederbesetzung eines unbesoldeten Consulats unthunlich war. Eine Ausübung des Consulats war nicht durchführbar, da die deutschen Handelsinteressen auf den Philippinen, welche nicht unerheblich und einer weiteren Steigerung fähig sind, eines kräftigen Schutzes bedürfen. Außerdem machen die Verhältnisse im Sulu-Archipel eine energischere Vertretung, als sie von einem Wahlconsul gewährt werden kann, wünschenswerth. — In Buenos-Ayres soll der Ministerresident mit dem Charakter und den Functionen eines Generalconsuls ausgestattet werden. — Endlich soll verfuhrweise in Nizza ein Viceconsulat eingerichtet werden, da der jetzige Zustand, das Wahlconsulat von einem besoldeten Kanzler verwalten zu lassen, der ohnehin von der französischen Regierung kein Equivator erhalten kann, nicht haltbar ist und überdies die Geschäfte des Consulats so umfangreich sind, wie jene in Marseille.

[Se. Majestät der Kaiser] leidet in Folge einer Verdauungs-Störung an einer Indisposition und hat in Folge dessen bei dem eingetretenen ungünstigen Wetter die beabsichtigte Reise zur Jagd nach Springe in Hannover aufgegeben. Se. Majestät nahm jedoch im Laufe des heutigen Vormittags die regelmäßigen Vorträge entgegen und empfing den Besuch des Kronprinzen.

[Der Kronprinz] kam heute Vormittag bald nach 10 Uhr, begleitet vom persönlichen Adjutanten, Rittmeister Frhrn. v. Noyenheim, von Potsdam nach Berlin und begab sich zum Besuch bei Sr. Maj. dem Kaiser gleich vom Potsdamer Bahnhofe aus ins königl. Palais. Nachmittags 1 1/4 Uhr ist der Kronprinz in Begleitung seiner beiden Söhne, der Prinzen Wilhelm und Heinrich, sowie des Prinzen Friedrich Karl und des Prinzen August von Württemberg auf der Lehrter Bahn über Hannover mittelst Ertrages nach Springe abgereist. — Die hohen Herrschaften verlassen die Eisenbahn an der Kaiser-Allee bei Springe, wo ihre Ankunft Abends 6 Uhr erfolgt und wo Equipagen zur Fahrt nach dem etwa eine halbe Stunde entfernten Jagdschloß bereit stehen. Mit den königl. Prinzen sind auch der Hofmarschall

Graf zu Eulenburg, der General der Cavallerie Graf v. d. Goltz, der Staatsminister Dr. Lucius, der Staatssecretär Dr. Stephan, der russische Militär-Bevollmächtigte Oberst Fürst Dolgoruki u. zur Theilnahme an den Hossjagden nach Springe abgereist. Von Hannover aus wird Prinz Albrecht sich morgen ebenfalls nach Jagdschloß Springe begeben. — Gestern Abend kam der Kronprinz nach Berlin, stattete Sr. Majestät dem Kaiser einen kurzen Besuch ab und kehrte um 7 3/4 Uhr nach Potsdam zurück.

[Bekanntmachung.] In Gemäßheit der §§ 10 und 11 des Gesetzes über die Verwaltung erledigter katholischer Bisthümer vom 20. Mai 1874 (S. S. 135) bringe ich hierdurch zur öffentlichen Kenntniss, dass der Weibschloß Hermann Gleich zu Breslau zum Capitular-Vicar für die Dauer der Erledigung des fürstbischöflichen Stuhls von Breslau bestellt worden ist, dass seine Amtstätigkeit am 11. November d. J. beginnt und dass an diesem Tage zugleich die Amtstätigkeit des Königl. Commissarius für die fürstbischöfliche Vermögensverwaltung in der Diocese Breslau, Geh. Regierungsraths von Schumann, erlischt.

Breslau, den 10. November 1881.
Der Oberpräsident der Provinz Schlesien.
von Seydewitz.

— Dresden, 11. Novbr. [Zur Reichstags-Stichwahl.]

Die Frage, welche hier wochenlang die Gemüther bewegte und sich stets und überall auf die Lippen drängte: wer wird schließlich aus dem heißen Wahlkampf als Sieger hervorgehen? — sie hat nun ihre Beantwortung gefunden, und zwar eine solche, wie sie jeder staats- und ordnungsliebende Reichsbürger wünschen müsste, aber nach den bisherigen Erfahrungen kaum zu hoffen wagte: der diesjährige Luther- und Schillerfest hat endlich die Hauptstadt Sachsens von seinem socialistischen Vertreter im Reichstage befreit; wie in Leipzig, ist Bebel gestern auch in Dresden-Mitte geschlagen worden, hier sogar mit einer Stimmenmehrheit von fast 3300 Stimmen! Von im Ganzen abgegebenen 24,966 gültigen Stimmen fielen 14,139 auf den Compromiss-Candidaten der Ordnungsparteien, den Oberbürgermeister Dr. Alfred Stübel, und 10,827 auf Bebel. Das Verdict, die Niederlage des letzteren herbeigeführt zu haben, gebührt hauptsächlich der vielgeschmähten Fortschrittspartei, welche diesmal patriotische Selbstverleugnung genug besaß, um wie ein Mann gegen den socialdemokratischen Candidaten zu stimmen. Bei der Wahl am 27. October erhielt Dr. Stübel nur 8038 Stimmen, Bebel 9079. Indem nun gestern die Fortschrittspartei ihre circa 4500 Stimmen für Dr. Stübel abgab, sicherte sie dessen Wahl an und für sich. Und dass derselbe mit einer so ansehnlichen Majorität den Sieg davontrug, ist dem Umstande zuzuschreiben, dass die große Mehrzahl der stimmberechtigten Wähler ihre Pflicht gethan, dass auch die fogen. Reformer, welche den Hofprebiger Stöcker aufs Schild gehoben hatten, diesmal für Dresdens Oberbürgermeister gestimmt haben und dass die Socialdemokratie keine genügenden Reserven mehr hatte. Der Wahlact selbst verlief in vollständiger Ruhe und Ordnung. Dagegen sammelten sich am Abend, trotz strengen Verbots und eindringlicher Warnung, auf dem Altmarkte bezw. vor dem Rathhause wiederum große Menschenmassen an, die meist aus jungen Arbeitern bestanden. Infolge dessen zögerte diesmal die Polizei nicht, rechtzeitig energisch vorzugehen. Schon gegen 9 Uhr erschien eine größere Anzahl Gendarmen, die auf den Karabinern das Bajonnet aufgespizt hatten (desfalls wurden sie irrtümlich für Militär gehalten) und säuberten, unterstützt von städtischen Wohlfahrtsbeamten, den Platz von den Volkschaufen, die unter Geschrei auseinanderstoben und sich in die anliegenden Straßen verloren. Auch wurden abermals zahlreiche Verhaftungen vorgenommen. Dank diesem raschen und kraftvollen Einschreiten der Polizei verlief die Nacht ruhig.

Aus Baiern, 10. Nov. [Das betrübendste Wahlergebnis unseres Landes] ist die in der Stichwahl erfolgte Uebertragung des Mandats zur Vertretung der „alten treuen Stadt“ Nürnberg im deutschen Reichstage an einen Socialdemokraten. Die thatsächlichen Verhältnisse, die in der zweitgrößten bayerischen Stadt in politischer und socialer Beziehung obwalten, konnten für Niemanden, der sich denselben nicht absichtlich verschleierte, einen Zweifel lassen, dass die Führung im Kampfe gegen die Bedrohung durch die Socialdemokratie der Fortschrittspartei zufiel. Da dieselbe in Nürnberg dreimal so viel Anhänger besitzt, als die übrigen staatsfreundlichen Parteien, wie sich bei dem Wahlaacte am 27. October aufs Neue herausgestellt hatte, konnte ihr der Beruf, den Socialdemokraten den definitiven Erfolg abzurufen, nicht bestritten werden. Es musste daher auch von allen, die gegen die Umsturzpartei eintreten und den Sieg derselben verhindern wollten, der Candidat der Fortschrittspartei als der einzig mögliche acceptirt und mit vollen Kräften unterstützt werden — gleichviel ob derselbe all den verschiedenen Anforderungen entsprechen mochte, welche die verschiedenen Fractionen an ihre Anhänger stellen können. Die Nürnberger Rechtsliberalen und Conservativen sind dieser politischen, socialen und moralischen Pflicht nur zum geringen Theil und in ganz ungenügender Weise nachgekommen, und haben dadurch die zweifelhafte Ehre erworben, ihre Stadt von nun an statt durch einen für Kaiser und Reich, wie für die freirechtliche Entwicklung des Vaterlandes stets offen und entschieden eingetretenen Liberalen — durch den Socialdemokraten Grillenberger vertreten zu sehen. Dass eine solche Verkennung politischer Aufgaben in einer Stadt möglich war, deren Name mit dem Deutschen Reich seit alter Zeit in so inniger Verbindung steht, ist für den Parteigeist der Gegenwart tief beschämend.

Frankreich.

Paris, 10. Novbr. [Kammer Sitzung.] Eine Sitzung wie die geistige ist wohl nie vorgekommen. Die Kammer konnte über eine Stunde lang zu keinem Entschlusse kommen: sie verwarf die Untersuchungsanträge von Clemenceau und Ballue, die einfache Tagesordnung, welche Ferry verlangt hatte, gab keiner der 23 motivirten Tagesordnungen, welche von verschiedenen Deputirten gestellt worden, den Vorrang, verwarf alle weiteren Anträge und brachte die Sache erst dann zum Abschluss, als Gambetta die Tribüne bestieg und eine Tagesordnung stellte, welche das Cabinet ganz unberührt lässt und die Besetzung Tunesiens durch Frankreich vollständig billigt. Die bis dahin so uneinschließene Kammer nahm den Antrag Gambettas sofort mit 355 gegen 68 Stimmen an. Die „Republique Française“ erläutert den Sinn der Tagesordnung von Gambetta folgendermaßen: „Da man die Untersuchung verworfen und die Verletzung

des Cabinets in Anklagestand endgiltig beseitigt hatte, so war es ohne alles Interesse, über die Vergangenheit zu urtheilen. Viel interessanter war es aber, der Armee und den Mächten bekannt zu geben, was man zukünftig betrefss der tunesischen Frage zu thun gedenkt. Die tunesische Frage ist nicht die einzige, welche die Mehrheit beschäftigt, aber da dieselbe aufgeworfen worden, so war es richtig, sich unverzüglich nicht über die Art und Weise, wie dieselbe bis jetzt geleitet wurde, sondern über die Folge, die man ihr geben will, zu verständigen.“ Die Sprache der „Republique Française“ lehrt zur Genüge, dass der zukünftige Consellspräsident Frankreichs mit der Politik Ferry's in Nordafrika vollständig einverstanden war und ist. Gambetta's Eintreten in die Debatte war jedoch keineswegs im Programm; derselbe hatte für die einfache Tagesordnung gestimmt, weil er geglaubt hatte, dass dieselbe angenommen werden würde. Er hatte sich geirrt und griff erst, als die Kammer zu keinem Beschlusse kommen konnte, mit sicherer Hand ein. Dass sein Antrag mit so großer Mehrheit durchging, kam ihm selbst, wie man sagt, ganz unerwartet. Die neue Kammer selbst hat durch ihr gestriges charakterloses Auftreten jedenfalls nicht an Ansehen gewonnen.

Russland.

Warschau, 11. Nov. [Zur Verwaltung Polens. — Hauskuchungen nach Contrebande. — Deffentliche Unsicherheit. — Sarah Bernhardt und die Modrzejewska. — Keine Filiale des „Credit Lyonnais“.] Man weiß, dass die gegenwärtigen Regierungsmänner in Petersburg sich den Anstrich von großen Reformatoren zu geben belieben und zu diesem Behuf täglich neue Projecte hervorbringen, welche alle Ersparnis bezwecken sollen. Eines dieser Projecte geht dahin, die Zahl der Gouvernements des Königreichs Polen, um die Hälfte zu reduciren. Bis zum Jahre 1865 war die Zahl dieser Gouvernements-Regierungen fünf, wurde aber damals auf zehn erhöht. Eine innere Ursache zu dieser Vermehrung war damals gewiss nicht vorhanden; wohl aber war es die Zeit, wo die russificatorischen Streber, das Königreich für ein geeignetes Feld zur Erlangung von Aemtern ansahen und deshalb wurden zu Russ und Frommen von frischgebackenen Gouverneuren nebst Secretären, Räten, Referendaren u. fünf neue Gouvernements geschaffen. Man will jetzt, wie gesagt, aus Sparamkeitsgründen zur Zahl fünf zurückkehren. Welche von den bestehenden zehn Gouvernements aber ihre Selbstständigkeit verlieren sollen, ist noch zweifelhaft. — Aus Verdyzew in Wolynien wird gemeldet, dass dort vor Kurzem in der Nacht ein Regiment Infanterie sowie 500 Grenzdiensten in Begleitung einiger Zollbeamten eingetroffen seien, um Nachschüben nach bestraften Baaren vorzunehmen. Verdyzew ist nämlich der größte wolynische Stapelplatz für Manufacturwaaren und zählt viele reiche Kaufleute. Diese wurden mitten in der Nacht geweckt und ihre Läger durchsucht. Mit Ausnahme von wenigen Stücken Waare, an denen die Zollplomben, wohl zufällig abgerissen, fehlten, wurde nichts von Defraudation gefunden. — Von Räuberanfällen auf den öffentlichen Straßen wird fortwährend gemeldet. So berichtet eine hiesige Zeitung, dass reisende Kaufleute auf dem Wege von Kowal nach Lodz überfallen, nach heftiger Gegenwehr verwundet und ihrer Baarschaft beraubt wurden. Das Blatt, welches diese Meldung bringt, schließt dieselbe mit der Bemerkung, dass „unsere Landespolizei kein Glück oder keine Geschicklichkeit zu haben scheint. Bei etwas mehr Wachsamkeit dürfte sie doch schon längst solchen Räuberbanden auf die Spur gekommen sein.“ — Das Theaterpublikum hier beschäftigt sich mit dem bevorstehenden Auftreten der Künstlerinnen Sarah Bernhardt und Modrzejewska auf der hiesigen Bühne. Dass die Polen auf die letztere große heimische Tragödin stolz sind, ist natürlich. Ihr steht eine enthusiastische Aufnahme bevor. Von Sarah Bernhardt sprach bis jetzt die Presse kühler. Durch eine piffige Aeußerung jedoch hat die Schauspielerin für sich Reclame zu machen gewusst. Sie sagte nämlich zu einem in Paris weilenden angesehenen Polen, der es hierher mittheilte, dass sie sich glücklich schätze, in Warschau die erste Vorstellung zu einem wohlthätigen Zwecke zu geben, um so den Polen Dankbarkeit zu zollen für die Theilnahme, welche dieselben im Kriege 1870—71 den Franzosen bewiesen hätten. — Die „Gazeta Handlowa“ erklärt sich ermächtigt, dass auch an dieser Stelle mitgetheilte Gerücht von einer hier zu eröffnenden Filiale des „Credit Lyonnais“ zu dementiren.

Provinzial-Beitrag.

Δ Breslau, 11. Novbr. [III. Schlesische Provinzial-Synode.] Nach dem üblichen Eingangsgebet wurde die Sitzung gegen 1 1/4 Uhr durch den Präses, Grafen Rothkirch-Drach durch einige geschäftliche Mittheilungen eröffnet. Nach einer derselben soll heute im evangelischen Vereinssaale eine Gebetsversammlung stattfinden, bei welcher die Synodalen Hartmann und Albert Ansprachen halten werden.

Unter den Verhandlungsgegenständen sind folgende hervorzuheben: Proponendum des Königl. Consistoriums, betr. die Förderung der kirchlichen Fürsorge für die Engländer und Entlassenen, sowie deren Familien. Die vom Consistorium in einem vorgelegten Entwurf skizzirte Organisation schließt mit der Kreisynode ab. Es ist jedoch dringend wünschenswerth, dass auch die Provinzialsynode diesem wichtigen Gegenstande der inneren Mission ihre Fürsorge zuwenden. Vor allem aber wird die Frage nach Bedürfnis und Vertheilung einer alljährlich wiederkehrenden Provinzialkirchencollekte zum Besten der Fürsorge für Engländer und Entlassene, sowie deren Familien zu verhandeln sein. Diese Collekte, die auf mehreren Kreisynoden angeregt worden ist, bedarf gemäß § 65 Nr. 4 der Kirchen-Gemeinde- und Synodalordnung der Zustimmung der Provinzialsynode. Das Bedürfnis einer solchen Collekte kommt umso mehr in Betracht, als es sich bei der vorliegenden Frage um die kirchliche Organisation dieser Fürsorge handelt, und den Schwerpunkt derselben durchaus in die Einzelgemeinde gelegt werden muß, der es auf kirchlich geordnetem Wege die erforderlichen Mittel zu beschaffen gilt. Weiter wird es sich fragen:

- a. ob aus dem angeführten Grunde jeder Gemeinde die bei dieser Gelegenheit gesammelten Liebesgaben ganz oder doch zum größten Theil beibehalten werden sollen;
- b. ob in den Orten, in denen ein Verein zur Fürsorge für entlassene Strafgefangene sich gebildet hat, unter Voraussetzung des in unserem Synodalbescheid empfohlenen organischen Zusammenwirkens des Gemeindefürsorge mit dem Vereine, die gesammelten Collectengelder dem letzteren überlassen werden möchten;
- c. ob ein und beziehentlich welcher Bruchtheil der Collekte in Analogie der Vertheilung der Collekte für den Gustav-Adolf-Verein von jeder Gemeinde etwa an eine Centralstelle der Kirchenprovinz oder der Diocese für Fälle besonderer Noth der gedachten Art, wo die Mittel der Einzelgemeinde nicht ausreichen, abzuführen sein wird.

Demnach wird die Provinzial-Synode ersucht, sich über die vorbezeichneten Fragen gutachtlich äußern und über die Zustimmung zu der in Anregung gebrachten Collecte und die Modalitäten der Ausführung gemäß § 65 Nr. 4 der Kirchen-Gemeinde- und Synodalordnung beschließen zu wollen.

Die VI. Commission, Namens deren Pastor Meyer referirt, empfiehlt, die Synode wolle in Anerkennung der hohen Wichtigkeit einer geordneten und in die kirchliche Gemeinde- und Kreisorganisation eingegliederten Fürsorge für Gefangene, Entlassene und deren Familien, sowie in freudiger Zustimmung zu den Anordnungen, welche das königl. Consistorium in dem der Synode mitgetheilten Bescheide auf die Verhandlungen der diesjährigen Kreisynoden über diese Angelegenheiten getroffen hat, beschließen:

- 1) den Provinzial-Synodal-Vorstand zu veranlassen, in dem über die kirchliche Vereinstätigkeit in der evangelischen Kirche Schlesiens zu erstattenden Bericht auch über die Ergebnisse der Vereins- und Gemeindefürsorge auf dem Gebiete der Gefangenensfürsorge zu berichten;
- 2) einer jährlichen Provinzial-Kirchencollecte zum Besten der Fürsorge für Gefangene und Entlassene, sowie für deren Familien zuzustimmen;
- 3) zwei Dritteltheile des Ertrages der zu Nr. 2 beschlossenen Collecte den Gemeindefürsorgeämtern zu überlassen, wobei es denselben unbenommen bleibt, sofern ein Verein zur Fürsorge für entlassene Strafgefangene am Orte oder in der Diöcese besteht, denselben diese Gelder zuzuführen;
- 4) das letzte Drittel der Collecte an das königl. Consistorium abzuführen.

Zu der Vorlage waren von den Kreisynoden Sagan und Bernstadt Anträge eingegangen, welche die Commission durch die vorstehenden Beschlüsse für erledigt zu erachten empfahl.

Die Anträge der Commission werden nach längerer Discussion, an der sich u. A. Pastor Trommershausen, Consistorialrath Richter, Consistorialpräsident Wunderlich und General-Superintendent Dr. Erdmann betheiligten, unter Ablehnung einer Anzahl eingegangener Amendements pure angenommen.

Bezüglich des Proponendums des königl. Consistoriums, betreffend die Vertheilung der für bedürftige Gemeinden der Provinz in den Jahren 1878 bis 1881 gesammelten Kirchen- und Haus-Collecte empfiehlt die IV. Commission durch ihren Referenten, Landrath von Wrochem, die Provinzial-Synode wolle beschließen, daß I. die verfügbare Summe von 75,225 Mark in ihrem ganzen Umfange, und zwar in folgenden Beträgen zu vertheilen: den Kirchengemeinden: Deutsch-Lissa 2300 Mark, Gudowa 450 Mark, Neurobe 400 Mark, Reichenstein 700 Mark, Ullersdorf 3000 Mark, Deutsch-Wartenberg 2000 Mark, Liebenhau 300 Mark, Nieder-Vielau 500 Mark, Nieder-Gosel 150 Mark, Galbau 300 Mark, Petersbain 200 Mark, Liechtenwalde 300 Mark, Lubowitz 400 Mark, Friedrichsgrätz 4900 Mark, Myslowitz 2500 Mark, Jabrze 2000 Mark, Lubowitzthal 200 Mark, Ziegenhals 1500 Mark, Karnowitz 500 Mark, Nicolai 550 Mark, Heinsberg 1500 Mark, Mader 600 Mark, Priebus 300 Mark, Buchwald 400 Mark, Rastkau 600 Mark, Dobrosche 300 Mark, Seifersdorf 2100 Mark, Schönbach 3000 Mark, Droschkau 1000 Mark, Bralin 5000 Mark, Reichenstein 300 Mark, Schönitz 1000 Mark, Prostaun 1000 Mark, Guttentag 1000 Mark, Hellewals 1000 Mark, Pelschke 4400 Mark, Heinrichsfelde 1000 Mark, Kirchberg 1000 Mark, Groß-Zabor 4000 Mark, Murs 4000 Mark, Groß-Lassowitz 2000 Mark, Baumgarten 2000 Mark, Medzibor 5000 Mark, Ober-Dammer (resp. Steinau) 2500 Mark, Rybnitz 300 Mark, Velsau 600 Mark, Weberau 900 Mark, Stredenbach 500 Mark und Sprewitz 4775 Mark; II. die Anträge der Kirchengemeinden Altkow, Rothenburg, Conradswaldau und Pitschen, sowie den Antrag des Gemeinde-Vorstandes zu Aufhalt abzulehnen.

Die Synode nimmt die Commissionsanträge ohne Discussion en bloc an. Der Antrag der IV. Commission zu einer Petition der Gemeinde Goy, Parochie Rosenhain, Diöcese Ohlau, geht dahin, die Synode wolle beschließen:

In Erwägung, daß die gesellschaftliche Befreiung der Forenfen von den Lasten der Parochial-Verbindungen leicht Unbilligkeiten herbeiführen und die Leistungsfähigkeit einzelner Kirchengemeinden gefährden kann, ist die königliche Staatsregierung bei Ueberweisung der Petition der Kirchengemeinde Goy vom 27. October d. J. um eine Aenderung der Gesetzgebung in dem Sinne anzugeben, daß nach Analogie des § 14 der Kreisordnung vom 13. December 1872 die Forenfen zu Beiträgen für diejenigen Parochial-Abgaben und Lasten verpflichtet werden, welche von dem Grundbesitz, dem Gewerbe und dem außerhalb einer Gemeindefürsorge betriebenen Bergbau oder von dem aus diesen Quellen fließenden Einkommen entrichtet werden müssen.

Der Antrag der Commission wird abgelehnt, nachdem die Synodalen Dr. Holze, Rechtsanwalt Altmann und der königl. Commissarius sich gegen denselben ausgesprochen.

Bezüglich des nach § 66 Nr. 9 der Synode zustehenden Rechtes, zu den durch das Consistorium veranstalteten Prüfungen der theologischen Candidaten zwei bis drei Abgeordnete aus ihrer Mitte als Mitglieder der Prüfungs-Commission mit vollem Stimmrecht zu ernennen, beschließt die Synode wiederum drei solche Mitglieder zu ernennen und die bisherigen Mitglieder, Lic. Hahn, Lic. Gottwald und Geh. Rath Dr. Scheibert durch Acclamation wieder zu wählen. Dies geschieht, und die Genannten nehmen die Wahl an.

Bezüglich des Antrages des Superintendenten Streeck und Genossen, dahin gehend, bei den betreffenden Schulbehörden dahin wirken zu wollen, daß in den höheren Lehranstalten daselbst Maß von religiösem Memorirstoff, wie in der Volksschule (namentlich im Wortlaut des Katechismus, der evangelischen Perikopen und von 20 Kirchenliedern) bis zum Alter der Confirmation, also etwa bis zum Eintritt in die Secunda, in den Lehrplan eingereiht werde, empfiehlt die Commission: Die Provinzial-Synode wolle beschließen:

In Erwägung, daß der in dem Antrage Streeck gewünschte Memorirstoff mit Ausschluß der Perikopen bereits seit langer Zeit durch das Schul-Reglement vorgeschrieben ist, und daß diese Vorschriften durch die Provinzial-Verwaltungsbehörde in besonderen Verfügungen, sowie mündlich wiederholt eingehend worden; — in Erwägung, daß die Kirche ein Organ für ihre Wünsche und Beschwerden den höheren Schulen gegenüber in der Person des Herrn General-Superintendenten bereits besitzt, der das Recht und die Pflicht hat, den Religionsunterricht in denselben zu überwachen und über seine Wahrnehmungen dem königlichen Unterrichts-Ministerium Bericht zu erstatten.

geht die Synode zur Tagesordnung über.

Der Referent, Pastor Aulich, motivirt den Commissionsantrag. Synodale Geh. Argirungs- und Provinzial-Schulrath Sommerbrodt meint, daß die Herren Antragsteller hätten wissen müssen, daß der von ihnen gewünschte religiöse Memorirstoff vorgeschrieben sei und gelehrt werde, und daß der Religions-Unterricht in den höheren Lehranstalten seitens des General-Superintendenten überwacht werde. Das Provinzial-Schul-Collegium habe in dem ihm überreichten Protokoll von allen etwaigen Beschwerden denselben Kenntnis genommen. Es müsse also ein anderer Grund für den Antrag vorliegen, und der sei durch die Motivirung des Referenten angedeutet worden, der in den herbstlichen Worten von einer Entschiedenheit unserer Gymnasien gesprochen habe. Dem gegenüber müsse er sagen, daß die Schulbehörden mit allem Eifer und mit voller Liebe dahin wirken, aufrichtige und gesunde Christen zu erziehen. Er müsse es also den Antragstellern überlassen, entweder hier ihre Ansicht zu rechtfertigen, oder sich an den Herrn General-Superintendenten zu wenden. Wer die Zeit prüfe, müsse zugeben, daß in der Gegenwart mehr religiöser Sinn, mehr Lebendigkeit, in der Liebe thätiger Glaube vorhanden sei, als vor 30, 40 Jahren. Die religiöse Ausbildung unserer Jugend schließe nicht mit der Schule ab. Die Gegenwart gebe zu vielen Klagen Anlaß, aber Jeder werde wohl von sich sagen müssen: „Wir sind allzumal Sünder und mangeln des Ruhmes, den wir vor Gott haben sollen“, Alle, die Geistlichen nicht ausgeschlossen.

Synodale Pastor Dilschhausen spricht für den Commissionsantrag, Synodale Professor Schmidt glaubt, daß durch den Antrag Streeck dem Lehrstande eine schwere Verdächtigung entgegengesendet werde, für welche ein Beweis nicht erbracht werde. Die in den Anträgen präcisierten Forderungen werden im Wesentlichen überall erfüllt. Die Perikopen freilich werden dem Wortlaut nach nicht gelernt, dies verlangen auch die Regierungs-Verfügungen nicht. Allwöchentlich jedoch finden Schulandachten statt, denen die Perikopen zu Grunde gelegt werden. Ein Gymnasiallehrer hört also im Laufe seines jährigen Schulbesuchs neun Mal die Perikopen. — Die Discussion setzen fort Geh. Reg.-Rath Dr. Scheibert und Synodale Gymnasial-Director Hoppe-Lauban. Letzterer glaubt, daß die Hauptschuld am Haufe liegt und erörtert hierauf eingehend die Schwierigkeiten, welche einem guten Religionsunterricht auf den Gymnasien entgegenstehen. Der Geist der Gymnasien sei dank des gesunden und verständigen Unterrichts ein durchaus gesunder, gerade das Wissen führe zur Erkenntnis des Nichtwissens, es führe zum Glauben. Nur das sich ausblühende Wissen sei auch bei der Theologie dem Christenthum abführend. Zu den Gymnasien könne man das beste Vertrauen haben.

Synodale Streeck verteidigt seinen Antrag und berührt kurz die Erwägungen, welche ihn zu diesem Antrage veranlassen. Er betont, daß ihm nichts ferner gelegen habe, als dem Provinzial-Schulcollegium Vorwürfe

zu machen, seine Absicht sei nur gewesen, durch ein lautes, offenes Wort der Synode dessen Bestrebungen zu stärken. Auf das Memoriren der Perikopen glaubt Redner doch ein ganz besonderes Gewicht legen zu müssen. Von wiederholten Schlußrufen unterbrochen, bemerkt Redner noch, daß es auch wesentlich darauf ankomme, wie der Unterricht ertheilt werde. Nicht auf allen Gymnasien sei der Unterricht ein guter. Die Hauptsache, daß aus den Breslauer Gymnasien seit geraumer Zeit kein Theologe hervorgegangen sei, gehe Vieles zu denken. Die Religion müsse wieder das Fundament des Wissens werden. Redner stellt anheim, über seinen Antrag zur Tagesordnung überzugehen, bittet dann aber, wenigstens das Amendement Hillberg anzunehmen, um dadurch den Arm des Provinzial-Schul-Collegiums zu stärken.

Synodale Pastor Ziegler betont, daß selbst dem Antragsteller es nicht darauf ankomme, daß der Antrag angenommen werde, er glaubt, daß es dann besser gewesen wäre, den Antrag überhaupt nicht zu stellen. Das Hauptübel, an welchem unsere Zeit leidet, sei die unüberwindliche Kluft zwischen dem Glauben und dem Wissen. Man müsse dafür sorgen, daß in unseren Lehranstalten Religionslehrer lehren, welche diese Kluft zu überbrücken vermögen. Die sapientia und die pietas seien durchaus keine getrennten Gebiete. Den Memorirstoff und das Gedächtnis der Schüler noch mit Perikopen zu belasten, werde gerade das Gegentheil des Beabsichtigten bewirken. Die Liebe zum Religionsunterricht werde dadurch nicht wachsen, die Kluft sich nur noch mehr erweitern.

General-Superintendent Dr. Erdmann stellt sich auf den schon von einzelnen Vorrednern erörterten Standpunkt „wir sind allzumal Sünder“ und führt dies des Näheren aus. — Dem Wunsche des Synodalen Hoppe gegenüber, die Synode wolle den Gymnasien ihre Sympathien zuwenden, erklärt Redner, daß dieser Wunsch gegenstandslos sei, da derselbe im höchsten Maße erfüllt sei. Des Weiteren spricht er noch die Hoffnung aus, daß es gelingen werde, dem wüsten Unfug, der auch in den schlesischen Gymnasien in dem Verbindungsweisen besteht, ein Ende zu machen. Schließlich spricht sich Redner noch über mehrere von ihm gemachte Erfahrungen aus. Namentlich beklagt er sich, daß ihm die Revision der Gymnasien in einzelnen Fällen erschwert worden. Im Allgemeinen jedoch spricht er den Gymnasialdirectoren der Provinz für die lebenswürdige Bereitwilligkeit und das freundliche Entgegenkommen bei der Ausübung seiner Pflicht der Inspection offen seinen herzlichsten Dank aus. Bis zur Quinta sei Redner mit dem Ergebnis seiner Inspection überall sehr zufrieden gewesen. In einzelnen Gymnasien habe auch die Visitation in den oberen Klassen gute Früchte ergeben. Im Allgemeinen werden von Quarta an aufwärts immer mehr bedenkliche Mängel wahrgenommen. Mander köstliche Spruch, manch köstliches Lied sei dort aus dem Gedächtnis geschwunden. Das Haus trage an diesem mangelhaften Wissen der Schüler eine Hauptschuld, die „unverständige Presse mit ihrem Urtheil über verständiges Anwesenbleiben“ sei dem Familienoberhaupt maßgebend und die Consequenz liege dann nahe. — Auch die religiöse Vorbereitung der Religionslehrer gebe in vielen Fällen zu den begründeten Klagen Anlaß. Die Synode thue nur ihre Pflicht, wenn sie zur Stärkung der Organe, welche den Religionsunterricht zu leiten haben, eine geeignete Rundgebung veranlasse.

Sin zur Annahme gelangter Antrag auf Schluß macht der Fortsetzung der Discussion, zu welcher noch die Synodalen Senior Treblin und Superintendent Ueberschar sich zum Worte gemeldet hatten, ein Ende. — Bei der Abstimmung beschließt die Synode, den Commissionsantrag anzunehmen mit der Maßgabe, daß der erste Satz entsprechend dem Amendement Hillberg, wie folgt, lautet: „In Erwägung, daß der in dem Antrage Streeck gewünschte Memorirstoff mit Ausschluß der Perikopen bereits seit langer Zeit durch das Schullehrgang vorgeschrieben ist, und in der Erwartung, daß die in Bezug auf den Religionsunterricht seitens der Schulbehörden erlassenen und wiederholt eingehendsten Vorschriften strikte zur Ausführung gelangen.“

Schluß der Sitzung nach 1/2 Uhr. Nächste (letzte) Sitzung, Sonnabend, 10 Uhr.

— [Ober-Post-Director, Geheimer Postrath Schiffmann.] ist von seiner amtlichen Reise nach Paris zurückgekehrt und hat seine Dienstgeschäfte wieder übernommen.

△ Steinau, 11. November. [Stichwahl. — Von der Oder.] Bei der gestern vollzogenen Stichwahl wurden 219 Stimmzettel abgegeben, worunter 135 für Freireiter von Köller-Röben (ultr.) und 82 für von Kessel-Zöbelwitz (conf.) lauteten. Zwei Zettel waren unbeschrieben. Wenn wir am 27. October unser Bedauern ausdrücken, daß nur 50 pCt. der hiesigen Einwohnerzahl von ihrem Wahlsrecht Gebrauch machten, so müssen wir heute leider mittheilen, daß diesmal nur ca. 33 pCt. der Wähler gestimmt haben. — Das Wasser der Oder hat die Höhe von circa 6 Fuß erreicht und ist ein weiteres Steigen zu erwarten. Die Schifffahrt auf der Oder ist unausgesehrt eine sehr regle, besonders macht sich in letzter Zeit ein sehr lebhafter Dampfschiffverkehr bemerkbar. Eben so wird der nach der Zuderfabrik führende Canal von Oderfähnen, welche mit Zuderrüben beladen sind, stark frequentirt.

Deis, 11. Nov. [Stichwahl.] Bis jetzt sind folgende Wahlergebnisse bekannt: Stadt Deis 997 (710) v. Jordenbeck, 229 (148) v. Karborski, Schloß Deis 2 (5) v. J. 26 (21) v. R., Bernstadt 214 (234) v. J., 252 (188) v. R., Jesterberg 108 v. J., 59 v. R., Medzibor Stadt 171 v. J., 36 v. R., Medzibor Dominium 16 v. J., 42 v. R., Juliusburg Stadt 91 v. J., 17 v. R., Juliusburg Dorf 6 v. J., 90 v. R., Spahlitz 117 v. J., 12 v. R., Bralin 246 v. J., 48 v. R., Wartenberg Stadt 121 v. J., 99 v. R., Wartenberg Schloß 13 v. J., 79 v. R., Klein-Köfel 26 v. J., 65 v. R., Langenhof 13 v. J., 81 v. R. (Die eingeklammerten Zahlen sind das Resultat der ersten Wahl.)

— Jägerndorf, Kreis Brieg. Es erhielten bei der Stichwahl: Graf Pückler-Schedlau 21, Landtags-Abgeordneter von Hönitz 55 Stimmen; Kossen, von Hönitz 149, Graf Pückler 36 Stimmen. Klein-Neudorf, von Hönitz 64, Graf Pückler 12 Stimmen. Buchitz, Graf Pückler 50, von Hönitz 63 Stimmen. Gutsherrn und Gemeinde Schwanowitz, Gemeinde Prahmsen, Gemeinde Schönau. Graf Pückler 20, von Hönitz 50 Stimmen.

— Stadt, 11. November. [Stadtverordnetenwahl.] Gestern fanden hier die Ergänzungs- resp. Ersatzwahlen für die Stadtverordneten-Versammlung statt. Es wurden in der dritten Abtheilung die bisherigen Stadtverordneten, Schlossermeister Fromm, Böttchermeister R. Müller und Kupfermeister Stud gewählt. Die zweite Abtheilung wählte Kaufmann Plachowitz und Schmiedemeister Alexander Weiß. In der ersten Abtheilung erfolgte einstimmig die Wahl der Herren: Stadtverordneten-Vorsteher Dr. Guttmann, Zimmermeister Hoppe und Apotheker Bloch.

Gesetzgebung, Verwaltung und Rechtspflege.

8 Breslau, 11. Novbr. [Landgericht. — Strafkammer I. — Fahrlässige Tödtung.] Am 25. November 1880 starb hier selbst die 22 Jahre alte, unberechnete Pauline Dufched an den Folgen eines Herzleidens. Dieses Leiden hatte sich seit der Kindheit der D. in periodischen auftretenden Krankheitserscheinungen geäußert; es waren seitens der Mutter der Erkrankten bei jeder neuen Erkrankung andere Verzele consultirt worden. Jedem derselben gelang es, das an und für sich unheilbare Leiden für längere oder längere Zeit insoweit zu beseitigen, daß die D. immer wieder ihren Berufsgeschäften nachgehen konnte. Im October v. J. war die D. wiederum sehr leidend. Auf Anrathen einer Frau Krause wandte sich Frau D. nunmehr an Herrn Dr. Theobald W. hier selbst mit der Bitte, der Herr Doctor möge doch die ärztliche Pflege ihrer Tochter übernehmen. Der unseren Lesern schon bekannte Dr. Theobald W. erklärte sich auch hierzu bereit. Fräulein D. besuchte den „Herrn Doctor“ ein- oder zweimal während seiner Sprechstunden. W. stellte die Diagnose zunächst auf Herzleiden. Die von ihm für notwendig erachteten Medicamente fertigte W. selbst an. Nach kurzem Gebrauche dieser Mittel konnte die D. überhaupt nicht mehr gehen. Die unteren Theile des Körpers schwellen außerordentlich an. W. hat die Kranke während der nächsten 4 Wochen mehrere Male persönlich besucht, sich auch wiederholt über ihr Befinden Bericht erstatten lassen. Aus weiteren Beobachtungen schloß W. auf Vorhandensein der Zuckerkrankheit, er gab deshalb andere Arzneimittel. Das Befinden der Kranken wurde fortgesetzt schlimmer, weshalb sich die Mutter endlich am 22. November bezogen fand, einen wirklichen Arzt, den Dr. med. Silbermann an das Bett ihrer todtkranken Tochter zu rufen. Dr. S. fand das schon von früheren Ärzten beobachtete Herzleiden — einen Herzklappenfehler — verbunden mit starker Wasserjucht vor. Das Herzleiden war bereits so weit vorgeschritten, daß eine Rettung der Kranken nicht mehr zu erhoffen stand. Drei Tage darauf war die D. eine Leiche. Auf Anordnung der Polizei, welche auf irgend eine Weise Kenntnis erhalten hatte, daß der nur als Chemiker bekannte Dr. Theobald W. wochenlang die D. behandelt hatte, erhielt Herr Chemiker Dr. Hulma die in der Wohnung der D. vorgefundenen, von W. herüberbrachten Medicamente zur chemischen Analyse. Auf Grund des H.'schen Gutachtens und nach Anhörung medicinischer Sachverständiger

wurde gegen Dr. W. Anklage wegen fahrlässiger Tödtung der D. erhoben. Es würde zu weit führen, wollten wir hier die im gerichtlichen Lubienstermine von den Herren Doctoren der Medicin, Silbermann, Krause und Wriesen abgegebenen Gutachten ausführlich wiederholen, doch eines müssen wir als zur Beurtheilung des Falles nothwendig mittheilen. Der Angeklagte hatte angegeben, er habe der Kranken außer anderen Mitteln auch insonderheit Digitalis gegeben. Herr Dr. Hulma hat in dem ihm übergebenen Medicinisten diesen Stoff in so minimaler Portion vorgefunden, daß darauf gestützt, die Herren Dr. Silbermann und Krause behaupten, es sei dies procentmäßig so wenig, daß damit eine Besserung im Zustande der D. nicht herbeigeführt werden konnte, das Mittel, sonst bei jenem Herzleiden von vielen Medicinern und fast immer mit Erfolg angewandt, mußte in dieser schwachen Lösung als ein sog. indifferentes Mittel erachtet werden, das heißt, man kann nicht sagen, der Tod der D. sei durch jene Medicin herbeigeführt worden, andererseits hat dieselbe aber auch in keiner Weise geholfen. Beide Herren befinden des Weiteren, es wäre wohl möglich gewesen, die D. trotz ihres Herzklappenfehlers in höhere Altersjahre zu bringen, dafür spreche die vielfach an anderen Personen gemachte Erfahrung. Eine Section der Leiche hat nicht stattgefunden, Herr Dr. S. bemerkte aber in den letzten Krankheitserscheinungen nichts, was auf Zuckerkrankheit hingewiesen hätte.

Herr Staatsanwalt Crufius nimmt diese Gutachten als Grundlage für seinen auf Schuld lautenden Antrag. Mit Rücksicht auf die besondere Gefährlichkeit derartiger Cur- und Medicinalmissvergehen hält er 6 Monate Gefängnis für eine angemessene Strafe. — Der Verteidiger, Herr Rechtsanwalt Berger, erklärt sich als zu denjenigen gehörig, welche die Freigebung der ärztlichen Praxis sehr bedauern und wünschen, daß eine baldige anderweitige gesetzliche Regelung dieser Angelegenheit herbeigeführt werden möge. So lange dies nicht geschehen, sei Jeder, also auch sein Client, zur Ausübung der ärztlichen Praxis berechtigt. Strafrechtlich könnte man gegen W. nur einschreiten, wenn ihm nachgewiesen worden wäre, daß er den Tod der D. sei es auch nur durch Anwendung ungeeigneter Mittel, herbeigeführt habe. Dieser Nachweis ist aber bei den sich zum Theil widersprechenden Gutachten der Herren Dr. Krause und Silbermann einerseits, und Herrn Dr. Wriesen andererseits als nicht geführt zu erachten. Der einzig mögliche positive Anhalt sei nicht erbracht worden. Die Section der Leiche habe nicht stattgefunden, es müsse also auf Freisprechung erkannt werden. Der Gerichtshof erkennt nach dem Antrage der Verteidigung auf völlige Freisprechung. Es sei der ursächliche Zusammenhang zwischen der Behandlungsweise des Angeklagten und dem Tode der D. nicht nachgewiesen, bei den widersprechenden Gutachten konnte dem W. nicht einmal ein sogen. Kunstfehler zur Last gelegt werden.

△ Glogau, 11. Nov. [Preßproceß.] Die Strafkammer des hiesigen königlichen Landgerichts mußte sich gestern wieder einmal mit einem Preßproceß gegen den „Niederschlesischen Anzeiger“ beschäftigen, und zwar diesmal wegen Verleumdung des Herrn Reichsanzlers Fürsten Bismarck. Angeklagt war der frühere Redacteur des „Niederschlesischen Anzeigers“, Herr Julius Hart. Der Gerichtshof bestand aus den Herren: Director Rahner, Landgerichtsrath Sattig, Knoll, Scharfener und Kleinow; die königliche Staatsanwaltschaft vertrat Herr Assessor Hoffmann, das Protokoll führte Herr Referendar Zuckermann; die Verteidigung hatte Herr Rechtsanwalt Friedmann übernommen. Angeklagt war durch Beschluß des Gerichtshofes vom persönlichen Erscheinen im Termine entbunden worden. Die Nummer 104 des „Niederschlesischen Anzeigers“ enthielt mit Angabe der Quelle einen der „Rölnischen Zeitung“ entnommenen Auszug der Rede des Herrn Abgeordneten Dr. Georg von Bunsen, welche er in einer Vertrauensmänner-Versammlung in Hirschberg gehalten hat. Die hiesige königliche Staatsanwaltschaft fand in diesem Auszuge eine Verleumdung nicht allein des Fürsten Reichsanzlers, sondern auch der Herren Minister v. Büttamer und Maybach, und suchte bei dieser Ermächtigung zur Strafverfolgung nach. Nur der Fürst Reichskanzler gab die Ermächtigung, die anderen beiden Herren Minister hatten den Antrag abgelehnt. Als besonders gravierend bezeichnet die Anklage in dem am Artikel folgende Stellen:

„Bei Bismarck's Handlungsweise erscheine als Beweggrund das Verlangen, Geld in den Staatskassen aufzuheben und für den Staat die mögliche Allmacht zu gewinnen.“

„Wollen Sie, daß Hirschberg-Schönau das Banner des Stein und Gneisenau und anderer Helben, welche von derselben Partei, die herabens will, als Demagogen und Hochverräther beschrien werden, fallen lassen soll? Wenn Sie das wollen, dann billigen Sie offen die Zustände in unserem geliebten Vaterlande, in dem es bald keinen Menschen geben soll, der nicht unmittelbar oder mittelbar von der Regierung abhängig wäre, in dem den Eisenbahnbeamten die Veröffentlichung von Anzeigen in oppositionellen Zeitungen verboten wird, in dem die Preß- und Verleumdungsproceß gar nicht abbrechen; in dem nur eine Freiheit zu blühen scheint, alle Klassen und alle Klassen gegen einander zu heben. Billigen Sie das, so wählen Sie nur einen solchen, der unter keinen Umständen aus ihren Ämtern tretenden Dictator einen Damm entgegenzusetzen willens ist.“

Zur Begründung der Anklage ergriff der Vertreter der Staatsanwaltschaft, Herr Assessor Hoffmann, das Wort. Es freut uns, constatiren zu können, daß derselbe sich in völlig objectiver Weise äußerte und nicht ein einziges verletzendes Wort, sei es gegen den Angeklagten oder gegen den „Niederschlesischen Anzeiger“, fallen ließ. Er begründete den Strafantrag wie folgt:

Der Angeklagte Hart war Redacteur für den politischen Theil des in Glogau erscheinenden „Niederschlesischen Anzeigers“. In der betreffenden Nummer ist ein Referat abgedruckt über die Rede des Abg. Dr. Georg Bunsen; diese enthält eine Verleumdung des Reichsanzlers Fürsten Bismarck, ich kann mich kurz fassen; es ist bereits in der Anklage eine genügende Motivirung für den Vorwurf der Verleumdung erfolgt. Der Reichsanzler hat eine neue Finanzpolitik inaugurirt und als Motiv damals angegeben, daß gerade der arme Mann entlastet werden solle. In der Bunsen'schen Rede ist nun gesagt worden, daß es dem Reichsanzler auf diese Motive gar nicht ankomme, sondern daß derselbe ganz andere Motive habe, er nur Gelder in den Staatskassen aufzuheben wolle und begehre für den Staat die mögliche Allmacht zu gewinnen. Ich habe dahin gestellt sein lassen, ob diese Behauptung an und für sich eine Verleumdung enthält; die Verleumdung ist darin zu sehen, daß der Reichsanzler der Vorwurf gemacht wird, daß er wahrheitswidrige Motive angegeben habe, und darin liegt die Verleumdung. Es ist ferner gesagt worden, daß in unserem Vaterlande jetzt nur eine Freiheit zu blühen scheint, nämlich die Freiheit, alle Klassen und alle Klassen gegen einander zu heben. Das ist ja an sich unzweifelhaft eine verleumdende Aeußerung, nur ist zu erwägen, daß keine bestimmte Person genannt ist, der es vorgeworfen wird, Aus der ganzen Rede geht aber hervor, daß nur auf den Reichsanzler Bezug genommen ist, denn er ist es ja gewesen, der diese neue Politik ins Leben treten lassen, da muß man eben annehmen, daß ihm vorgeworfen wird, daß durch sein Gebahren es dahin gekommen ist, daß in unserm Vaterlande die besprochenen Zustände herrschen. Ich beantrage daher, gegen den Angeklagten eine Geldstrafe von 100 Mark, eventuell eine Woche Gefängnis.

Darauf hielt Herr Rechtsanwalt Friedmann folgende Verteidigungsvortrag: „Der Artikel dürfte meines Erachtens selbst bei der rigorosesten Sichtung, selbst bei der stärksten Sensibilität nichts enthalten, woraus ein Angriff gegen die persönliche oder amtliche Ehre des Reichsanzlers deduciren könnte. Der Artikel giebt einen Auszug aus einer Rede Georg v. Bunsen in Hirschberg vor seinen Wählern gehalten hat. Er giebt damit, daß der Abgeordnete Bunsen sich mit der größten Anerkennung die Leitung der auswärtigen Angelegenheiten durch den Reichsanzler ausgesprochen habe; darin kann füglich eine Verleumdung nicht gesehen werden. Die Staatsanwaltschaft hat nun in der schriftlichen Anklage vorgebracht, daß der nächste Passus eine Verleumdung enthalten solle. eigene Beweggründe bei Bismarck's Handlungsweise erscheinen ihm Verlangen, Geld in den Staatskassen aufzuheben und sein Begehren dem Staat die mögliche Allmacht zu gewinnen.“ Die königl. Staatsanwaltschaft suppleirt zunächst etwas, was in dem Passus weder ausgesprochen noch angedeutet worden ist. Die Anklage will die Verleumdung daraus gefolgert wissen, daß in der Rede gesagt sei, der Fürst Bismarck lasse sich nur von diesen Beweggründen leiten, von anderen nicht. Dies steht aber nichts in dem Artikel. Man kann ja bei einer Handlung zwei Zwecke gleichzeitig verfolgen. Es ist auch nicht richtig, daß der Reichsanzler officiell erklärt habe, er bringe die neuen Gesetze nur deshalb ein, um arme Bevölkerung zu entlasten, denn die neue Zollpolitik beabsichtigt, das Reich unabhängig von den Eingelassenen zu machen und die bisherigen Matricularbeiträge durch eigene Einnahmen des Reiches zu ersetzen. Eine Verleumdung könnte somit nur dann angenommen werden, wenn jene Beweggründe verwerflich wären, den Aufschauungen von und Moral widersprechen; das kann man aber hier nicht sagen.

Zuerst heißt es, Fürst Bismarck beabsichtige, Gelder in den Staatskassen aufzuheben; es heißt ja nicht in den Kassen der Minister oder der

Kanzlei; was ist denn aber die Staatskasse? Sie ist ja doch die Kasse der Gesamtheit aller Individuen, die den Staat bilden. Das ist also nichts Besonderes, es wird hier nur zum Ausdruck gebracht das Prinzip, von welchem sich eine Reihe von Staatsmännern leiten lassen: daß es das Beste ist, immer voran Mittel zu haben, und nicht erst die Ausgaben festzustellen und dann wegen der Mittel an die wechselnden Majoritäten der Volksvertretung heranzugehen. Wenn man die Kasse im Original lieft, wird man zu keiner anderen Auffassung kommen können, als zu der, welche ich hier ausgedrückt habe.

Es handelt sich nur um verschiedene Anschauungen, verschiedene staatsrechtliche Principien, über die man rechten kann, man kann es aber nicht für unbillig erachten, wenn Jemand von dem Bestreben erfüllt ist, dem Staat immer Gelder zu verschaffen, um damit den Staatszwecken alle Zeit genügen zu können.

Sodann heißt es, Fürst Bismarck begehre, für den Staat die möglichste Allmacht zu gewinnen; hierin ist nur der Gegensatz zwischen Staatsomnipotenz und Selbstständigkeit des Individuums ausgedrückt. Es herrschen nun einmal verschiedene Maximen über die Grenzen zwischen der Macht des Staates und der Freiheit des Einzelnen. Das Princip der Staatsallmacht zu vertreten, ist aber nicht verwerflich. Sind denn nicht auch die Vertreter der entgegengesetzten Richtung stark angefeindet worden? Erst in den letzten Tagen ist von dem Herrn Reichskanzler erklärt worden, die Bestrebungen der Fortschrittspartei gefährden Kaiser und Reich; und wenn einer von den Führern dieser Partei etwa einen Strafantrag deswegen bei der Staatsanwaltschaft über Barzin gestellt hätte — ich glaube, mit Zug und Recht würde ein solcher Antrag zurückgewiesen worden sein, und zwar rein aus objectiven Gründen; nur eine nicht gerade angenehme Kritik, aber nicht eine persönliche Ohrverletzung habe der Herr Reichskanzler ausgesprochen — und so vice versa.

Und wenn es weiter heißt: „Wollen Sie, daß Hirschberg-Schönau das Banner der Stein und der Gneisenau und anderer Helden, welche von derselben Partei, die heute obenauß will, als Demagogen und Hochverräter beschrien wurden, fallen lassen soll?“ so hat dies die Anklage selbst nicht als beleidigend hingestellt. Ferner: „Wenn Sie das wollen, dann billigen Sie offen die Zustände in unserem geliebten Vaterlande, in dem die Schulreform nach so kurzer Blüthe eingestellt und zurückgeschraubt, der Schullehrer auf die Seite geschoben, den evangelischen Gemeinden ihr Wahlrecht verweigert wird, in dem es bald keinen einzigen Menschen mehr geben soll, der nicht unmittelbar oder mittelbar von der Regierung abhängig wäre, in dem jetzt schon den Eisenbahnbeamten die Veröffentlichung von Anzeigen in oppositionellen Zeitungen unter der Drohung verboten wird, daß sie für die Gebühren aus eigener Tasche werden aufkommen müssen.“

Nun, wenn man darin eine Beleidigung sehen könnte, so berührt dies gar nicht den Herrn Reichskanzler; jene Zustände gehen das Reich gar nichts an, das sind innere Angelegenheiten der einzelnen Bundesstaaten: Und die Staatsanwaltschaft hat auch das Gefühl gehabt: hier kann nicht der Reichskanzler, sondern nur der Herr Minister des Cultus und der der Eisenbahnen beleidigt sein. Die Staatsanwaltschaft hat sich dieserhalb auch an die beiden Herren Minister gewandt, diese haben aber durch den Justizminister erwidern lassen, sie fühlen sich nicht veranlaßt, deshalb Strafanträge zu stellen! „In dem die Preis- und Beleidigungsproceß gar nicht abreißt.“ Das betrifft wiederum nur den Justizminister. „In dem nur eine Freiheit zu blühen scheint, die Freiheit, alle Klassen und alle Nationen gegen einander zu heizen.“

Daß der Herr Reichskanzler diesen beflagten Zustand herbeigeführt, ist nicht im Entferntesten angedeutet. Die Anklage supponirt hier ein Schulmoment, welches in dem corpus delicti nicht enthalten ist. Und mit dieser Verurteilung unserer Zustände ist sogar Herr von Bunsen in Uebereinstimmung mit keinem Geringeren, als dem Herrn Reichskanzler selbst. Wie bekannt, hat dieser vor einigen Tagen zu einem jüdischen Industriellen geäußert: „Ich mißbillige ganz entschieden diesen Kampf gegen die Juden, sei es, daß er auf confessioneller oder gar auf der Grundlage der Abstammung sich bewege. Aber sicherlich berechtigt es nicht, über ihre größere Wohlhabenheit jene aufreizenden Aeußerungen zu thun, die ich durchaus verwerflich finde, weil sie den Reiz und die Mißgunst der Menge erregen.“ — Wahrlich eine nicht minder scharfe Verurtheilung, als die von Herrn von Bunsen ausgesprochene: „Billigen Sie das, so wollen Sie nur einen solchen, der unter keinen Umständen der aus ihren Ufern tretenden Dictatur einen Damm entgegenzustellen willens ist. Sollen Sie aber dafür, daß die überströmende Gewalt einzuwandern dem öffentlichen Wohle förderlich ist, so nehmen Sie unter denen, die sich um Ihre Stimmen bewerben werden, einen bescheidenen, aber festen und allewege patriotischen Deichhauptmann.“

Das Wort „Dictatur“ hat ebensoviele einen beleidigenden Charakter. Denn Herr v. Bunsen spricht nicht von einer Dictatur außerhalb der Verfassung oder wider die Gesetze, sondern nur von einem Regimente mit einer verfassungsmäßigen, der Regierung in allen Punkten Heresfolge leistenden Reichstags-Majorität, welche eben seine Wahl zu verhindern suchen soll. Weiterhin hat Fürst Bismarck selbst im Reichstage gesagt: „Es giebt Zeiten, in denen man liberal, in denen man conservativ und in denen man dictatorial regieren muß; es giebt viele Wege, die nach Rom führen.“ Ich glaube also, daß objectiv in keinem einzigen Passus des Artikels eine Beleidigung gefunden werden kann. Nicht minder fehlt der subjective Thatsachend. Man muß sich vergegenwärtigen, daß der Redner kein Geringerer ist, als Georg von Bunsen, der Sohn des Ritters Karl Josias von Bunsen, des langjährigen preussischen Gesandten in Rom und England, des intimen Freundes Friedrich Wilhelm IV., an dessen Gattin unser Kaiser zu ihrem 85. Geburtstag eine Gratulationsadresse richtete, in welchem er ihr für die Gastfreundschaft, welche er in ihrem Hause und in ihrer Familie gefunden, dankt. — Dieser Artikel hat ferner verbotenen in der „Köln. Ztg.“ gestanden, auf der ersten Seite, an der ersten Stelle im Hauptblatt. Die „Köln. Ztg.“ ist nicht in den Verlagszustand versetzt worden. Außerdem stand er aber auch in allen großen Berliner Zeitungen, ohne daß gegen diese Redactionen ein Strafverfahren eingeleitet worden wäre! Wenn nach diesen Vorgängen der Angeklagte bona fide den Artikel aufgenommen hat, so hat er weder die Absicht, noch auch nur das Versehen der Beleidigung gehabt; und es muß ihm der Schutz des § 193 in vollem Maße zu Theil werden und zwar hier umsomehr, als es sich hier um einen heftigen Wahlkampf handelt, von dem man sagen kann: Peccatum est intra muros et extra! Es liegt jedenfalls nur eine objective, die Grenzen der Wahrnehmung berechtigter Interessen nicht überschreitende Kritik vor, welche das Vorhandensein einer Beleidigung ausschließt. Ich bitte, den Angeklagten freizusprechen.“

Da die königl. Staatsanwaltschaft auf die Vertheidigungsrede des Herrn Reichsanwalt Friedmann nichts entgegnete, zog sich der Gerichtshof zur Beratung zurück, die etwa 25 Minuten dauerte. Herr Director Rabner verkündete das Urtheil des Gerichtshofes dahin, daß in den Sägen des Artikels, die von der königl. Staatsanwaltschaft herabgehoben worden sind, objectiv eine Beleidigung nicht gefunden werden konnte und der Gerichtshof demzufolge im Namen des Königs erkannte habe: „daß der Angeklagte Julius Hart der öffentlichen Beleidigung durch die Presse nichtschuldig und deshalb freizusprechen ist.“

Telegramme.

(Aus Wolffs telegraphischem Bureau.)

Berlin, 12. Novbr. Stichwahl. Altona: Hafenclever 6441, Karsten (Fortschritt) 6111 Stimmen. — Hamburg, 2. Wahlkreis: Dieß (Soc.) 12,437, Richter (Fortschritt) 11,349 Stimmen. — 3. Wahlkreis: Bisher Reé (Fortschritt) 12,485, Wollfson (nat.-lib.) 5326 Stimmen. Reé gesichert. — Naumburg: Rohland (Fortsch.) 2171, Graf Flemming (nat.-lib.) 356 Stimmen. — Würzburg: Röhl (Volkspartei) erhielt bisher 1500 Stimmen mehr, als Freiherr Zurehm (Centrum). Röhl anscheinend gesichert. — Halle: Boretius nummehr 4449, Meyer (Soc.) 7680 Stimmen. 16 Landbezirke fehlen. Gleichwohl Meyer gesichert. — Delitzsch: Böfel (Soc.) gesiegt.

Halle a. S., 11. Novbr. Stichwahl. Für Boretius (natlib.) sind bis jetzt 1724 und für Meyer (Soc.) 5856 Stimmen gezählt.

Kreuznach, 11. Novbr. Stichwahl. Professor v. Treitschke (lib.) erhielt 9855, v. Schorlemer-Mst 7812 Stimmen. Aus einem Wahlbezirk fehlt das Wahlergebnis noch, die Wahl von Treitschke's gilt aber für gesichert.

Diez, 11. Novbr. Stichwahl. Für Münch (Fortschritt) sind bis jetzt 7698, für Tripp (Centr.) 4873 Stimmen gezählt, der erstere ist als gewählt anzusehen, da die von einigen Ortshaupten noch fehlenden Wahlergebnisse das Stimmverhältniß nur unerheblich verändern können.

Halberstadt, 11. November. In der Stichwahl im 8. Magdeburger Wahlkreis ist v. Bernuth (nationalib.) mit bis jetzt 8705 Stimmen gewählt worden. Landrath Meyer (Reichspart.) erhielt 4129 Stimmen. Das Resultat von 7 Ortshaupten fehlt noch.

Offenbach, 11. Novbr. Nach den bisherigen Resultaten erhielt bei der Stichwahl Liebknecht (Soc.) 10,861 St., Hallwachs (natlib.) 7117 St. Aus 6 kleineren Gemeinden fehlen die Resultate noch, doch gilt die Wahl Liebknecht's als gesichert.

Strasburg, 11. Novbr. Der für den Wahlkreis Schleifstadt gewählte Rechtsanwalt Dr. Blumstein hat die Wahl nicht angenommen und ist daher eine neue Wahl auf den 19. November anberaumt.

Eisenach, 11. Novbr. In der gestrigen Stichwahl ist Parrissius (Fortschritt) mit 6257 Stimmen gewählt worden. Der Gegenkandidat v. Gussfeldt (natlib.) erhielt 3187 Stimmen.

Kassel, 11. Novbr. In der Stichwahl zwischen Schwarzenberg (Fortschritt) und Krauß (conf.) hat ersterer bisher eine Majorität von etwa 5500 Stimmen.

Baden-Baden, 11. November. Der Kronprinz und die Kronprinzessin von Schweden werden spätestens nächsten Sonntag hier erwartet.

Paris, 11. Novbr. Die Bildung des neuen Cabinets dürfte, wie verlautet, bis morgen Abend erfolgt sein. Als wahrscheinlich gilt, daß Freycinet das Ministerium des Auswärtigen und Say das Finanzministerium, Gambetta aber das Präsidium des Cabinets ohne Portefeuille übernimmt; bezüglich aller anderen von den Journalen genannten Ministercandidaten heißt es, daß die begünstigten Mittheilungen unrichtig oder verfrüht seien.

Vom Kriegsminister Farre wurde der Kammer eine Supplementar-creditforderung von 28 Millionen für die Expedition nach Tunis und in den Süden von Dran vorgelegt.

Privat-Telegramm der Breslauer Zeitung.

Bromberg, 11. Novbr. Bei der heutigen Stichwahl zwischen Hempel (Fortschritt) und Schenk (conserv.) erhielten bis jetzt (ermittelte Stimmen aus Stadt Bromberg und 18 Wahlbezirken vom Lande) Hempel 4665, Schenk 2006 Stimmen. Es scheint somit die Wahl Hempel's gesichert. Es fehlen noch 49 Landbezirke.

Telegraphische Course und Börsen-Nachrichten.

(B. Z. B.) Paris, 11. Nov., Abends. [Boulevard.] 3% Rente 86, 85. Neueste Anleihe 1872 117, 70. Türken 13, 52. Neue Egyptier 363, —. Banque ottomane —. Italiener 89, 25. Chemins —. Dester. Goldrente —. Ungar. Goldrente —. 4proc. ung. Goldrente —. Spanier erster 27, 50, do. inter. —. Staatsbahn —. Lombarden —. 1877er Russen —. Türkenloose —. Türken 1873 —. Amortisirbare —. Orient-Anleihe —. Pariser Bank —. Unentschieden.

Frankfurt a. M., 11. Novbr., Nachmittags 2 Uhr 30 Min. [Schluß-Course.] Lombard Wechsel 20, 427. Pariser Wechsel 80, 88. Wiener Wechsel 172, 20. Köln-Mindener Stamm-Actien —. Rheinische Stamm-Actien —. Hessische Ludwigsbahn 97 1/2. Köln-Mind. Brämen-Anth. 130 1/2. Reichsanleihe 101 1/2. Reichsbank 152 3/4. Darmstädter Bank 167 1/2. Meiningen Bank 102. Dester.-Ungarische Bank 709, —. Credit-Anth. 312 1/2. Wiener Bankverein 118 1/2. Silberrente 66 1/2. Papierrente 65 1/2. Goldrente 81 1/2. 4% Ung. Goldrente 77 1/2. 1860er Loose 123 1/2. 1864er Loose 337, —. Ung. Staatsloose 238, 50. Ung. Otsbahn-Oblig. II. 93 1/2. Böhmische Westbahn 265 1/2. Elbabahn —. Nordwestbahn 192 1/2. Galizier 266 1/2. Franzosen 282. Lombarden 126 1/2. Italiener 88 1/2. 1877er Russen 90 1/2. 1880er Russen 74 1/2. II. Orientanleihe 60 1/2. III. Orientanleihe 61 1/2. Central-Pacific 112 1/2. Buschthaber —. Ungar. Papierrente —. Elbthal —. Lothringer Eisenwerke —. Privat-Discount —. pSt. Spanien —. Matt.

Nach Schluß der Börse: Creditanleihe 311 1/2. Franzosen 281 1/2. Galizier 265 1/2. Lombarden 125. Dester. Goldrente —. Ungar. Goldrente —. 1880er Russen —. II. Orientanl. —. III. Orientanl. —.

Hamburg, 11. Novbr., Nachm. [Schluß-Course.] Breuß. 4proc. Consols 101 1/2. Hamburger St.-P.-A. —. Silberrente 66 1/2. Dester. Goldrente 80 1/2. Ung. Goldrente 77 1/2. 1860er Loose 124. Credit-Actien 308 1/2. Franzosen 700. Lombarden 309. Ital. Rente 87 1/2. 1877er Russen 90 1/2. 1880er Russen 73 1/2. II. Orient-Anl. 58 1/2. III. Orient-Anl. 59. Laurabütte 125 1/2. Norddeutsche 185 1/2. 5% Amerik. —. Rhein. Eisenb. —. do. junge —. Bergisch-Märkische do. 122 1/2. Berlin-Hamburg do. 295. Altona-Kiel do. 187 1/2. 5procent. österr. Papierrente —. Discount 4 1/2 %.

Matt. Silber in Barren per Kilogr. 153, 65 Br., 153, 15 Gd. Wechselnotirungen: London lang 20, 26 Br., 20, 20 Gd., London kurz 20, 45 Br., 20, 37 Gd., Amsterdam 166, 90 Br., 166, 30 Gd., Wien 170, 75 Br., 168, 75 Gd., Paris 79, 90 Br., 79, 50 Gd., Petersburg 215, — Br., 211, — Gd., Newyork kurz 424 Br., 414 Gd., do. 60 Tage Sicht 419 Br., 409 Gd.

Hamburg, 11. Novbr., Nachm. [Getreidemarkt.] Weizen loco flau, auf Termine ruhig. Roggen loco still, auf Termine ruhig. Weizen pr. Novbr.-Debr. 230, 00 Br., 229, 00 Gd., pr. April-Mai 224, 00 Br., 222, 00 Gd. Roggen pr. Novbr.-Debr. 180, 00 Br., 179, 00 Gd., pr. April-Mai 170, 00 Br., 168, 00 Gd. Hafer fest. Gerste fest. Mühl ruhig, loco 58, 50, pr. Mai 59, 50. Spiritus matt, pr. November 43 1/2 Br., pr. Decbr.-Jan. 43 1/2 Br., pr. Jan.-Febr. 43 1/2 Br., pr. April-Mai 42 1/2 Br. Rasse ruhig, Umsatz 2000 Sad. Petroleum ruhig, Standard white loco 7, 70 Br., 7, 60 Gd., pr. Novbr. 7, 60 Gd., pr. Decbr. 7, 80 Gd. Wetter: Milde.

Dosen, 11. Novbr. Spiritus pr. November 48, 00, pr. December 47, 80, pr. Januar 47, 80, pr. April-Mai 49, 30. Gefundigt — Liter. Matt.

Liverpool, 11. Novbr., Vormittags. [Baumwollen.] (Anfangsbericht.) Nuthmaßlicher Umsatz 12,000 Ballen. Fest. Tagesimport 23,000 Ballen, davon 17,000 Ball. amerikanische. Mühl. amerikanische December-Januar-Lieferung 6 1/2 %.

Liverpool, 11. Novbr., Nachmittags. [Baumwollen.] (Schlußbericht.) Umsatz 12,000 Ballen, davon für Speculation und Export 2000 Ballen. Fest. Mühl. amerikanische November-December-Lieferung 6 1/2 %, Februar-März-Lieferung 6 1/2 %.

Liverpool, 11. Nov., Nachmittags. [Baumwollen-Wochenbericht.] Wochenumsatz 100,000 Ballen, desgl. von amerikanischen 76,000, desgl. für Speculation 8000, desgl. für Export 4000, desgl. für wirl. Conf. 88,000, desgl. unmittelbar ex Schiff 7000, wirllicher Export 4000, Import der Woche 95,000, davon amerikanische 73,000, Vorrath 505,000, davon amerikanische 395,000, schwimmend nach Großbritannien 160,000, davon amerikanische 121,000 Ballen.

Manchester, 11. Novbr., Nachm. 12r Water Armitage 7 1/2, 12r Water Taylor 7 1/2, 20r Water Micholls 9, 30r Water Clayton 10, 32r Mod Lowhead 9 1/2, 40r Mule Mayall 9 1/2, 40r Medio Wilkinson 11 1/2, 36r Wap-cops Qualität Rowland 10 1/2, 40r Double Weston 10 1/2, 60r Double courante Dual 14 1/2, Printers 1 1/2, 1 1/2, 8 1/2 pfd. 96. Fest.

Petersburg, 11. Novbr., Nachm. 5 Uhr. [Schlußcourse.] Wechsel London 3 M. 25 1/2, do. Hamburg 3 M. 220, do. Amsterdam 3 M. 130 1/2, do. Paris 3 Mon. 272, Russische Prämien-Anleihe de 1864 (gest.) 220 1/2, do. de 1866 (gest.) 215, Russ. Anl. de 1873 —, Russ. Anl. de 1877 —, 1/2-Imperial 7, 64, Große Russ. Eisenbahnen 252 1/2, Russ. Bodencredit-Pfandbriefe 127 1/2, II. Orient-Anleihe 90 1/2, III. Orient-Anleihe 90, Privatdiscount 6 1/2 %.

Petersburg, 11. Novbr., Nachm. 5 Uhr. [Productenmarkt.] Talg loco 58, 50, pr. Novbr. 60, 00. Weizen loco 15, 75. Roggen loco 11, 40. Hafer loco 5, 25. Hauf loco 31, 00. Leinsaat (9 Pud) loco 14, 25. — Wetter: Regen.

Wien, 11. Novbr., Vorm. 11 Uhr. [Productenmarkt.] Weizen loco und auf Termine etwas anziehender, pr. Frühjahr 12, 62 Gd., 12, 64 Br. Hafer pr. Frühjahr 8, 32 Gd., 8, 35 Br. Mais pr. Mai-Juni 7, 20 Gd., 7, 25 Br. Rohrtraps pr. August-September —. Wetter: —.

(B. Z. B.) Newyork, 11. Nov., Abends 6 Uhr. [Schluß-Course.] Wechsel auf Berlin 94 1/2, Wechsel auf London 4, 81. Wechsel auf Paris 5, 23 1/2. 5proc. fundirte Anleihe 102 1/2. 4proc. fundirte Anleihe 187 1/2. Erie-Bahn 46 1/2. Central-Pacific-Bahn 116. Newyork-Centralbahn 139 1/2. Chicago-Eisenbahn 142 1/2. Baumwolle in Newyork 11 1/2. do. in New-Orleans 11 1/2. Raffinirtes Petroleum in Newyork 7 1/2. Raff. Petroleum in Philadelphia 7 1/2. Rohes Petroleum 6 1/2. Pipe line Certificats 0, 84.

Mehl 5, 25. Rother Winterweizen loco 1, 42, November 1, 42 1/4, Decem-ber 1, 45 1/4, Januar 1, 48 1/4. Mais (old mixed) 69. Zuder (Fair refining Muscovados) 8 1/2. Kaffee Rio 11. Schmalz (Marie Wilcox) 11 1/2. do. Fairbanks 11 1/2. do. Roth und Brothers 11 1/2. Speck (short clear) 9 1/2. Getreidefracht 4 1/4.

Paris, 11. Novbr., Nachmittags. [Productenmarkt.] (Schlußbericht.) Weizen ruhig, pr. November 31, 25, pr. December 31, 30, pr. Januar-April 31, 40, pr. März-Juni 31, 40. Roggen behauptet, pr. Novbr. 23, 00, pr. März-Juni 22, 50. Mehl, 9 Marquès, ruhig, pr. November 65, 25, pr. December 65, 75, pr. Januar-April 66, 60, pr. März-Juni 66, 60. Mühl ruhig, pr. November 80, 50, pr. December 80, 75, pr. Januar-April 78, 75, pr. März-Juni 78, 75. Spiritus fest, pr. November 61, 75, pr. December 62, 25, pr. Januar-April 63, 50, pr. Mai-August 64, 25. — Wetter: Nebel.

Paris, 11. November, Nachmittags. Rohzucker 88° loco fest, 57, 25 bis 57, 50. Weißer Zuder ruhig, Nr. 3 per 100 Kgr. pr. Novbr. 65, 25, pr. December 65, 75, pr. Januar-April 67, 12.

London, 11. Novbr., Nachm. Savannazucker Nr. 12, 25 1/2. Fest.

Amsterdam, 11. Novbr., Nachmittags. Vancannin 61.

Antwerpen, 11. Novbr., Nachm. [Getreidemarkt.] (Schlußbericht.) Weizen ruhig. Roggen unbedeutend. Hafer behauptet. Gerste träge.

Antwerpen, 11. Novbr., Nachm. 4 Uhr 30 Min. [Petroleummarkt.] (Schlußbericht.) Raffinirtes, Type weiß, loco 18 1/4 bez., 18 1/2 Br., pr. Decem-ber 18 1/2 bez., 18 1/2 Br., pr. Januar 19 bez., 19 1/4 Br., pr. Januar-März 19 Br. Ruhig.

Bremen, 11. November, Nachmittags. Petroleum fest. (Schluß-bericht.) Standard white loco 7, 45 bez., pr. December 7, 55 bez., pr. Januar 7, 65 bez., pr. Februar 7, 65 bez., pr. März 7, 65 bez., pr. August-December 8, 50 Brief.

Handel, Industrie &c.

Berlin, 11. Nov. [Börse.] Die Nachrichten, welche von den aus-wärtigen Börsenplätzen vorlagen, lauteten im Allgemeinen günstig. In Paris, Wien und Frankfurt hatte eine feste Tendenz Eingang gefunden und die von dort gemeldeten Course wiesen ausnahmslos Besserungen auf. Der Ausweis der Bank von England wurde als befriedigend angesehen; aus Paris war flüssiger Geldstand gemeldet worden. Das Alles trug dazu bei, auf die Stimmung der Börse einen günstigen Einfluß auszuüben. Die meisten Speculationswerthe eröffneten auf einem erhöhten Courseniveau. Von den österreichischen Spielpapieren waren es vorzugsweise Creditanlei- und Lombarden, die sich höher stellten, letztere auf Kaufordres, die von aus-wärts vorlagen. Auf dem Localmarkt waren die Schwankungen weniger bedeutend. Gute Beachtung fanden die speculativen Montanwerthe, auf welche die neuesten Berichte aus den rheinisch-westfälischen und den ober-schlesischen Industriebezirken, in denen von weiteren Preissteigerungen die Rede ist, eine anregende Wirkung ausübten. Auch das Ansehen der Glasgower Rohisenpreise blieb nicht ohne Einfluß. In der zweiten Börsen-hälfte trat ziemlich plötzlich und unerwartet ein genereller Rückgang ein. Allem Anschein nach waren es Verkäufe eines ersten Speculationshaufes, die bestimmten, sowie Gerüchte vager Natur, welche zu Realisationen An-las gaben. Zum Schluß trafen schwächere Wiener Course ein, welche die Depressión verstärkten. Das Geschäft, das im Anfang der Börse wenigstens stellenweise ziemlich lebhaft war, schied nach und nach fast gänzlich ein. Auf dem internationalen Speculationsmarkt eröffneten österr. Creditanlei-chen pr. Ultimo zu 630 und schloßen 627. Franzosen wurden zu 570—565,50 umgekehrt und Lombarden notirten 255,50—250—450—253,50. Einheimische Eisenbahnwerthe traten auch heute aus der bisher beobachteten Reserve nicht heraus. Die Umsätze blieben wieder äußerst beschränkt und einzelne Papiere, als: Oberschlesische, Freiburger, Rechte Oberuferbahn, mußten sich kleine Werthereductionen gefallen lassen. Casbahnen wurden nur sehr schwach umgesetzt. Von den Stammprioritäten erfuhr Halle-Sorau-Guben, in Folge des wenig günstigen Abchlusses, der eine weit geringere Dividende als im Vorjahre in Aussicht stellt, eine 6proc. Courseeinbuße. Desterreichische Bahnen eröffneten im Allgemeinen fest. Auf dem inländischen Capital-markte waren deutsche Eisenbahnprioritäten und Pfand- und Rentenbriefe ziemlich gut gehalten, während von den Staatsanleihen einzelne Sachen in Folge von Verkäufen, die aus Rücksicht auf den weniger flüssigen Geldstand effectuirt wurden, etwas gedrückt erschienen. Von den ausländischen Fonds zeichneten sich wieder russische Anleihen und Noten durch Frage bei besseren Preisen aus, die bis zum Schluß anhielt. Im Uebrigen war die Haltung auf diesem Gebiete anfänglich fest, im weiteren Verlaufe abgeschwächt. Speculative Banken eröffneten auf ungefähr gestrigem Courseniveau, mußten aber erheblich nachgeben, als sich die matte Tendenz für österreichische Spiel-werthe auf das in Rede stehende Gebiet übertrug. Discountantheile ver-loren nach und nach circa 3 pSt. gegen gestrigen Schluß. Von den Montanwerthen erfreuten sich Dortmund und Laura während der ganzen Börsendauer großer Beliebtheit. Erst ganz gegen Ausgang der zweiten Börsenhälfte gerieten auch deren Course ins Weichen. — Schluß sehr matt. — Privatdiscount 4 1/2 pSt.

Um 2 1/2 Uhr: Matt. Lombarden 250,00, Franzosen 562,50, Credit 623,00, Dortmund Stamm-Prior. 104,00, Laurahütte 125,50, Darmstädter Bank 166,50, Deutsche Bank 167,25, Discount — Commantit 219,25, Bergische 122,75, Wäinger 97,25, Oberschlesische 245,00, Galizier 133,25, Rumänier 102,50, Dester. Goldrente 81,00, do. Silberrente 66,62, do. Papierrente 66,00, Italiener 88,00, Russen, alte 90,00, do. neue 92,50, do. 1880er 74,50, Russische Noten 218,25, do. II. Orient 60,37, do. III. Orient 61,00, Neue Ungarn 77,10.

Um 3 1/4 Uhr: Tendenz: Flau. Credit 619,50, Franzosen 561,00, Lom-barden 247,00, Dortmund 103,75, Laura 125,25, Discount 218,50, Ober-schlesische —.

Coupons. (Course nur für Posten.) Dester. Silber-Coup. 171,75 bez., do. Eisen-Coup. 171,75 bez., do. Papier in Wien zahlb. min. 30 Pf. t. Wien, Amerik. Gold-Doll.-Bonds 4,195 bez., do. Eisen-Prior. 4,195 bez., do. Papier-Dollar 4,195 bez., 6% New-York-City 4,195 bez., Russ. Centr.-Bod-min. — Pf. Paris, do. Papier u. berl. min. 60 Pf. t. Berl., Poln. Papier und berl. min. 60 Pf. Warschau, Russ. Zoll 20,50 bez., 22er Russen —, Große Russische Staatsbahn —, Russ. Boden-Credit —, Warschau-Wie-ner Comm. —, Warschau-Zerepol —, 3 1/2 u. 5% Lombarden min. — Paris, Diverse in Paris zahlbar min. — Pf. Paris, Holländische min. — Pf. Amsterdam, Schweizer min. — Pf. Paris, Belgische min. — Pf. Brüssel, Berl. Strl.-Oblig. 20,37 bez.

Berlin-Börslicher Eisenbahn.

Die Einnahmen pro Monat Octbr. 1881 betragen (provisorisch ermittelt): 1) aus dem Personen-Verkehr 119,412 Mark, 2) aus dem Güter- und Vieh-Verkehr 424,914 „ 3) Extraordinaria 25,734 „

Summa pro October 570,069 Mark.

Die Einnahme pro Octbr. 1880 beträgt (definitiv festgesetzt) 605,363 Mark,

mithin pro 1881 weniger 35,294 Mark.

Einnahme bis Ende October 1881 4,983,665 Mark.

„ „ „ 1880 5,001,583 „

mithin pro 1881 weniger 17,918 Mark.

Pro Januar bis Mai cr. haben die definitiv festgestellten Einnahmen gegen die provisorischen (publicirten) Einnahmen ein Plus von 96,787 Mk. ergeben, welches den vorangegebenen Mehr-Einnahmen hinstreift.

Görlitz, 10. Novbr. [Getreidemarkt-Bericht von Max Steinich.] Unser gestriger Getreidemarkt hatte ziemlich bedeutende Zufuhren von Roggen, Gerste und Hafer erhalten, weniger von Weizen; während für Weizen und Hafer gute Nachfrage herrschte, war Roggen und Gerste weniger beachtet, doch behaupteten beide Artikel trotzdem den vorwöchentlichen Preis-stand. — Im Verkehr zwischen Händler und Müller ist wenig Regsamkeit, und trotz des Entgegenkommens der Händler waren die Umsätze nur gering, weil der Glaube an ein Zurückgehen der Preise in Folge stärkeren Ange-botes seitens der jetzt mit den Feldarbeiten fertigen Landwirthe vorherrschend bleibt. Futterartikel unbedeutend.

Bezahlt wurde für Weizen per 85 Kgr. Brutto 20,75—19 = per 1000 Kgr. 247—226 M. Gelbweizen 19,75—18,75 = per 1000 Kgr. Netto 235—223 M. Roggen 16,40—15,50 = per 1000 Kgr. Netto 195—184 1/2 Mark. Gerste per 75 Kgr. Brutto 12,60—11,50 = per 1000 Kgr. Netto 170—155 Mark. Hafer per 50 Kgr. Netto 7,60—7,30 = per 1000 Kgr. Netto 152—146 M. Roggenkleie per 50 Kgr. Netto 6 1/4 M. Br., Weizen-kleie 4,85 M. Gd., Rapshuchen 7 1/2 Mark.

* Schweidnitz, 11. November. [Marktbericht.] Bei schwacher Zu-fuhr und reger Kaufkraft konnten sich Preise am heutigen Getreidemarkt gut behaupten. Man zahlte für: Weizen per 22,50—23,50 Mark, Gelbweizen 21,40—22,60 M., Roggen 18,00—19,40 Mark, Gerste 15—17 Mark, Hafer 14,50—15,40 M. Alles per 100 Kgr. netto.

